



1997/37 Thema

<https://shop.jungle.world/artikel/1997/37/die-desperados-von-algier>

Die Desperados von Algier

Von **Bernhard Schmid**

<none>

Der Differenzierung des islamistischen Lagers entspricht der Zerfall der staatlichen Zentralmacht. Der Schrecken hat Algier erreicht. Bei einem Massaker in einem Armenviertel der algerischen Hauptstadt wurden Ende vergangener Woche fast 60 Menschen getötet und ebenso viele verletzt. Nach Augenzeugenberichten fuhren einige Dutzend Bewaffnete, die sich als Sicherheitskräfte ausgaben, in den Vorort und töteten auf einem kleinen Platz ihre Opfer mit Beilen und Säbeln.

Seit dem Gemetzel Ende August in dem Provinzstädtchen Rais mit mehr als 300 Toten häufen sich derartige Attentate. In französischen Medien tauchen indessen Gerüchte über einen bevorstehenden "Waffenstillstand" zwischen der Islamischen Heilsfront (FIS) und der amtierenden Militärjunta auf.

Das "Friedensangebot"

Abbassi Madani, am 15. Juli 1997 aus dem Gefängnis entlassene "Nummer 1" des Front Islamique du Salut (Islamische Heilsfront, FIS), hat Ende August in einem Brief an UN-Generalsekretär Kofi Annan erklärt, er sei bereit, sich für ein Ende des Blutvergießens und für einen ernsthaften Dialog einzusetzen. Das amtierende Regime in Algier stellte den FIS-Führer daraufhin unter Hausarrest und drohte, ihn im Fall erneuter politischer Äußerungen sofort zurück ins Gefängnis zu schicken.

Das Angebot Madanis enthält zuerst einmal das offenkundige Eingeständnis, Einfluß auf dieses Blutbad zu haben. Auf den ersten Blick läßt sein Angebot vermuten, es handele sich um den wohlmeinenden Versuch des soeben erst aus dem Gefängnis entlassenen Führers einer seit über fünf Jahren verbotenen politischen Formation, einen positiven Beitrag zur Lage in dem Bürgerkriegsland zu leisten.

Die Vorgeschichte jedoch legt anderes nahe. Im November 1993 besuchte der damalige Verteidigungsminister und derzeitige Staatspräsident Algeriens, Liamine Zéroual, im Gefängnis von Blida die seit Anfang 1992 inhaftierten Führer des FIS (unter ihnen Abbassi Madani und Ali Benhadj, Nummer 1 und 2 der Partei) und bot ihnen ihre Freilassung und die Erlaubnis zur Rückkehr auf die politische Bühne an, wenn sie im Gegenzug zu einem Waffenstillstand im Land aufriefen. Als Geste des "guten Willens" wurden am 22. Februar 1994 zwei FIS-Führungsmitglieder freigelassen, Ali Djeddi und Boukhamkham. Die beiden dementierten jedoch

nach der Entlassung, daß es ein Übereinkommen zwischen dem FIS und den regierenden Militärs gebe. Die Verhandlungen scheiterten.

Im August 1994 kam es zu einem neuen Vorstoß: Abbassi Madani und Ali Benhadj wurden - unter Überwachung - in die Staatsresidenz Djenane el-Mefti verlegt, wo sie über Telefon und Fax verfügten und Besucher empfangen konnten. Erneut wurden drei FIS-Führer freigelassen: Kamel Guezami, Omar Abdelkader und Nouredinne Chigara. Doch die Position der islamischen Fundamentalisten blieb hart. Angaben des Journalisten Hassan Zerouki zufolge ließ Ali Benhadj zu dieser Zeit eine Nachricht an Scherif Gousmi, damaliger Chef der "Islamischen Bewaffneten Gruppen" (GIA) übermitteln, in dem die GIA aufgefordert wurden, "den Druck auf den Staat aufrechtzuerhalten". Im Oktober 1994 wurden Madani und Benhadj erneut in Haft genommen. Zwischen April und Juni 1995 kam es zu erneuten Kontakten in Form von Geheimverhandlungen, die wiederum scheiterten, weil der FIS nicht bereit war, auf sein Ziel, die Etablierung eines "islamischen Gottes-Staates", zu verzichten.

Man kann sich die Frage stellen, warum der fundamentalistische Anführer Abbassi Madani nunmehr bereit zu sein scheint, wozu die Köpfe des FIS in den vergangenen Jahren durch kein in Aussicht gestelltes Zugeständnis zu bewegen waren: zu einem Ende des Blutvergießens aufzurufen. Zwei unterschiedliche Interpretationen sind möglich, die sich aber nicht gegenseitig ausschließen: Entweder sieht der FIS sich derzeit in einer Position der Stärke, um sich auf einen Kompromiß mit den Militärs einzulassen, von dem er sich genügend politische Vorteile verspricht. Eine solche Verbesserung der Ausgangsposition für den FIS könnte auch darin bestehen, daß die gegenüber den Islamisten zu einem Kompromiß bereiten Kräfte im Land im Aufwind sind. Oder aber das Angebot demonstriert eine Schwächung des FIS - die auch in einem Verlust der Kontrolle über die Strömungen und bewaffneten Gruppen innerhalb des islamistischen Lagers bestehen kann -, und treibt sie zur Flucht nach vorne. Die Pariser Libération jedenfalls behauptete Anfang September, die Verkündung eines Waffenstillstands durch den FIS stehe "in zwei bis drei Wochen" bevor.

Manches spricht dafür, daß sich in den vom FIS unmittelbar kontrollierten Regionen eine Waffenruhe bereits durchzusetzen beginnt. So hat der Nouvel Observateur mittlerweile alle Massaker des Monats August auf einer Karte eingetragen. Dabei fällt auf, daß der Großteil der Schlächtereien in einem Umkreis von 150 Kilometern um die Hauptstadt, im Hinterland von Algier, stattfand. Im Westen des Landes gibt es einige "Brandherde" rund um die Städte Tlemcen und Tiaret, während die Osthälfte um die Städte Tizi-Ouzou, Constantine und Annaba nahezu vollkommen verschont erscheint. Der großräumige Süden des Landes, die Sahara mit ihren Bodenschätzen, gehört ohnehin der Armee. Im östlichen Landesteil aber ist die AIS (Islamische Heilsarmee), 1994 gegründeter bewaffneter Arm des FIS, hegemonial, während im Zentrum des Landes rund um Algier die GIA auf eigene Rechnung operieren. "Die AIS hält den stillschweigenden Waffenstillstand ein, seitdem Abbassi Madani aus der Haft entlassen ist", wird ein algerischer Diplomat zitiert.

Der Nährboden des Terrorismus

Es stellt sich die Frage, inwieweit die in Algerien mittlerweile nahezu zum Alltag gewordenen Gemetzel auf den "politischen Islam" zurückgeht. Bruno Etienne, "Maghreb- und Islam-Experte" behauptete in einem Interview in Le Figaro Ende August, daß drei Viertel der Attentate vom amtierenden Regime verübt würden: "Die Sécurité militaire (der militärische Geheimdienst) hat

alle Guerillagrüppchen der GIA unterwandert. Die Tatsache, daß die meisten jungen Leute dieser Kommandos in den Gefängnissen ermordet werden, nachdem sie gestanden haben, ist ein untrügliches Zeichen."

Der algerische links-republikanische und laizistische Oppositionspolitiker Said Saadi, Präsident der "Sammlung für Kultur und Demokratie" RCD, der ebenfalls vom Figaro Anfang September interviewt wurde, warnt: "Manche Algerien-Spezialisten, ehemalige Berater oder Lobsänger der Militärdiktatur, bemühen sich, die Islamisten von diesen Massakern weißzuwaschen."

Tatsächlich existierte in Algerien schon vor der seit 1993 eingetretenen, Verschärfung der Krise ein politischer Diskurs, der ein Blutbad als notwendige Reinigungskur der algerischen "Identität" von dem fremden Schmutz, den Kolonialismus und "westliche Moderne" hineingetragen hatten, rechtfertigte. So rief der FIS-Führer Madani im Januar 1990 in der südalgerischen Stadt Bousaada vor mehreren Tausend Menschen aus: "Wir sind bereit, zwei Drittel der algerischen Gesellschaft zu opfern, um dem überlebenden Drittel zu erlauben, den Weg Gottes zu beschreiten."

Woher stammt diese Vision vom säubernden Blutbad? Ihre Wurzel hat sie zweifellos in dem Schock, den der französische Kolonialismus auf die Gesellschaft des Landes ausgeübt hat. Dessen Wirkungen waren in Algerien tiefer als in anderen, von europäischen Mächten eroberten Regionen. Es wurde als "integraler Bestandteil des Mutterlands" Frankreich einverleibt. Die Siedler, die aus Frankreich, aber auch Italien und Spanien ins Land strömten, waren daher vollwertige Bürger des französischen "Mutterlands" - während den arabisch-muslimischen Einwohnern ein minderwertiger Rechtsstatus zugeteilt wurde.

Im neuen, unabhängigen Algerien war die Elite geteilt: in eine frankophon ausgerichtete und sozialisierte, häufig revolutionär-sozialistische, und eine arabo-muslimisch orientierte. Erstere dominierte in den ersten beiden Jahren der Unabhängigkeit, wurde jedoch ab 1965 zunehmend ausgeschaltet. Den Förderern der "arabo-muslimischen Identität" wurde der Sektor der Kultur- und Bildungspolitik überlassen.

Die Regierung machte immer weiter gehende Zugeständnisse an die erstarkende "arabo-muslimische" Strömung, die als Gegengewicht zur marxistischen Linken von oben gefördert wurde. Im Jahr 1984 verabschiedete das FLN-Regime eine neue Familiengesetzgebung, die vollständig vom Islamismus diktiert war und der Frau den Status einer lebenslangen Minderjährigkeit, unter Vormundschaft von männlichen Verwandten oder dem Ehemann, vorschreibt. Zudem wurde die Möglichkeit eingeführt, daß das Familienoberhaupt bei Wahlen für seine Ehefrau(en) die Stimme abgeben kann.

Zugleich gerieten immer wieder minoritäre Strömungen dieser "arabo-muslimischen Identität" in Opposition zum bestehenden Regime. Am Anfang stand die marginale Opposition einer Fraktion des Klerus gegen die Bodenreform der sechziger Jahre. Später kamen neue Schichten hinzu, etwa die perspektivlosen Abgänger der Universitäten. Im Laufe der Jahrzehnte wurde widerständige Strömungen immer stärker, die vom offiziellen Diskurs der "neu zu begründenden algerischen Identität" ausgingen und dessen Inhalt in Opposition zu den bestehenden Verhältnissen brachten.

Als durch die Oktoberrevolte 1988 und durch den Zusammenbruch der osteuropäischen Staaten das herrschende Ein-Parteien-System, das stark realsozialistische Züge trug, in die Klemme

geriet, fand dieses Potential durch die Gründung des FIS seinen organisierten Ausdruck. In Algerien existiert dazu das Wortspiel: "Le FIS est le fils du FLN" ("Der FIS ist der Sohn des FLN"). Die vom radikalisierten Islamismus verkörperte Forderung nach Reinigung der algerischen Identität von fremden Einflüssen stellt tatsächlich die extreme Fortschreibung des zuvor herrschenden Diskurses dar.

Mit einem bedeutenden Unterschied: Das alte System hatte die neue "algerische Persönlichkeit" positiv zu begründen versucht, etwa durch die Arabisierungspolitik oder die Islamisierung des Familiengesetzes. Die fundamentalistische Radikalisierung hingegen versuchte dies negativ durch die Ablehnung der bestehenden "verfremdeten" Verhältnisse und durch Ausgrenzung von immer größeren Personenkreisen: Frauen, die ihre Rechte fordern, Konsumenten von Alkohol, Tabak und Musik.

Der fundamentalistische Diskurs, der ein gewalttätiges Reinigungsbad fordert, findet bei einer perspektivlosen und frustrierten Jugend in den Vorstädten und Armenvierteln der Großstädte große Resonanz. Soziale Ausweglosigkeit stößt hier auf gesellschaftliche Rahmenbedingungen wie sexuelle Frustration - in einer Gesellschaft, die durch rigide Moral und Geschlechtertrennung geprägt ist und wo eine persönliche Intimsphäre vielen unbekannt ist. Diese explosive Mischung motiviert zahlreiche junge Marginalisierte dazu, gleichsam zu "menschlichen Bomben" zu werden, die alles zu vernichten bereit sind, was in ihren Augen unzulässigen Spaß bedeutet.

Vom streng ideologischen Kampf gegen das "Böse" gehen viele von ihnen über zu einem Desperadotum, das auf brutale Weise der Aneignung des Erwünschten dient, zumal den Kämpfern oft kaum eine andere Wahl bleibt, als die Bevölkerung auszuplündern, um zu überleben. Dieser Tendenz zum Banditenwesen kommt die GIA entgegen, dasie durch ihre dezentrale Struktur bestens für eine Zerfaserung in autonom operierenden Banden geeignet ist.

In den Bulletins der GIA werden viele der FIS-Führer - die als "schlaff" und theoretisch-ideologisch gelten - mit dem Tode bedroht. Der radikalste Kopf der FIS-Führung, Ali Benhadj, ist jedoch nie Opfer eines solchen Tötungsaufrufs gewesen: Auch die GIA wissen, wer ihnen politisch-ideologisch nahe steht. Dabei deckt sich ihre Einschätzung mit jener des Regimes: Während die Militärs die "Nummer 1 und 3" des FIS, Abassi Madani und Abdelkader Haschani, im Juli 1997 aus der Haft entließen, sitzt Ali Benhadji noch immer in Haft. Hier könnte der Schlüssel für eine mögliche Einflußnahme auf die bewaffneten islamischen Grüppchen liegen.

Die Warlordisierung des Regimes

Die Zerfaserung des islamistischen Spektrums in rivalisierende Banden findet im anderen Lager des Bürgerkriegs ihre Entsprechung. Es wird in den Medien fälschlich auf die Militärs reduziert. Nach dem Abbruch der Wahlen 1992 gründete sich ein "Nationales Komitee zur Rettung Algeriens" (CNSA), dessen Vorsitzender der Generalsekretär des algerischen Gewerkschaftsbundes UGTA (Union Générale des Travailleurs Algériens) war, der am 28. Januar 1997 ermordete Abdelhak Benhamouda. Seine Basis war sowohl die Armee, die das amtierende Regime kontrolliert (und deren zu einem Kompromiß mit den Islamisten neigender Flügel), als auch die Massenbasis der UGTA und viele Frauen, die - wie am 22. März 1994 - zu Hunderttausenden gegen den Fundamentalismus und für ihre Rechte demonstrierten. Danach erklärte Innenminister Selim Saadi seine Bereitschaft, "den Bürgern Waffen zu geben". Mit der Entführung des Sängers Matoub Lounès im September 1994 begann die Selbstbewaffnung an der Basis: Die "berberische Kulturbewegung" MCB bedrohte die GIA mit bewaffneten

Repressalien, falls sie den Künstler nicht freiließe (was sie dann tatsächlich taten). Die ersten bewaffneten "Selbstverteidigungsgruppen" und "patriotischen Milizen" wurden unter anderem von dem Aktivist der exkommunistischen Bewegung "Ettehad", Mohammed Sellami, gegründet. Im März 1995 legalisierte der Staat diese Milizen in einem Gesetz über die "zivile Verteidigung". Heute wird die Zahl dieser Bewaffneten auf bis zu 200 000, neben der Armee mit 180 000 Mann, geschätzt.

Die Reste der modernen Gesellschaft in Algerien bilden ein Bündnis, das von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern über Nationalkonservative bis hin zu autoritären Militärs reicht. Einigendes Band dieser Koalition ist die Vorstellung eines modernen (republikanischen) Nationalstaats. Dieses Bündnis gleicht jedoch einer belagerten Wagenburg, deren Insassen durch die Wahlergebnisse des Dezember 1991 in eine minoritäre Stellung gedrängt wurden. Die Befehlsgewalt im Inneren der "Festung" haben die Militärs, wenngleich einige Strömungen im antifundamentalistischen Lager des Bürgerkriegs - wie die Linksrepublikaner des RCD - deren Politik offen kritisieren. Die örtlichen Milizen sind auf ihre jeweilige Lokalität beschränkt und besitzen keine übergreifende politische Infrastruktur.

Damit ist der Fortbestand der anti-fundamentalistischen Koalition der Führung einer Institution ausgeliefert, die selbst in sich fraktioniert ist und innerhalb derer einige Seilschaften auf eine Machtteilung mit den Islamisten hinarbeiten. Zwei große "Clans" in der Armee sind bekannt: General Betchine, Ex-Chef des militärischen Geheimdiensts sowie Berater und persönlicher Freund des Präsidenten Zéroual, gilt als "Mann der Amerikaner" und tritt für einen Kompromiß mit den Islamisten ein. Entgegengesetzt ist die Position von General Mohamed Lamari, dem Chef des Generalstabs.

Darüber hinaus findet im Land ein Zerfall zentralstaatlicher Macht zugunsten der Herausbildung von "Warlords" statt, wobei einige Vertreter der Militärs als lokale Herrscher Bündnisse mit fundamentalistischen Kräften eingehen könnten. Die Militärs sind dabei, sich von der herrschenden Kaste in einem militärisch-bürokratisch regierten Staatswesen in eine Klasse von Privatbesitzern umzuwandeln. Während der Bürgerkrieg tobt, vollzieht sich diese Veränderung - unter Aufsicht des IWF. Die Europäische Kommission hat soeben die Privatisierung der Sonatrach vorgeschlagen, des zehntgrößten Ölkonzerns der Erde. Und "die Deutschen studieren gerade einen riesigen Plan zur Modernisierung und Erneuerung der algerischen Industrie." (L'Humanité, 30./31. August 1997)

Fest steht, daß die Gewalt der Islamisten ins politische Spiel mehr als nur einer Fraktion der Militärs paßt. Said Saadi im Figaro-Interview: "Es sind die Islamisten, die töten, aber das Regime hat Interesse an dieser Situation. (...) Der islamistische Terrorismus wird als Repressionsinstrument gegenüber dem sozialen Protest und der demokratischen Opposition benutzt."

So wird verständlich, daß zwischen 100 und 200 Terroristen am letzten Wochenende des August nächtlich vier Stunden lang über 300 Bewohner des Provinzstädtchens Rais abschlachten konnten, ohne daß die Staatsorgane eingegriffen hätten. Rais liegt 25 Kilometer vor den Toren von Algier und an einer Straße, die von ständigen Kontrollposten gesäumt ist; die nächste große Kaserne befindet sich in weniger als zehn Kilometern Entfernung.

Auf jeden Fall liefert die fundamentalistische Gewalt die Rechtfertigung für eine extreme Militarisierung der Gesellschaft. Der französische Forscher Luis Martinez, Autor von "L'conomie

de guerre des islamistes", erklärte Ende Januar in Le Monde: "Die Anwesenheit von Milizen, paramilitärischen Gruppen ... verhindert jede Äußerung sozialer und politischer Unzufriedenheit. Nach fünf Jahren Krieg denkt in Algerien jeder nur noch an sein individuelles Überleben." Diese Äußerungen von Martinez (der für einen Kompromiß mit den Islamisten einzutreten scheint) müssen zwar nuanciert werden, da auch sozial progressive Kräfte in den Selbstverteidigungsgruppen aktiv sind. Dennoch beschreibt er treffend einen Ausschnitt der Realität: Den Hintergrund, auf dem Algeriens "unfriedlicher Übergang zur Marktwirtschaft" stattfindet.